

Verwaltung und Personal im Fokus

1. Beamtenpolitisches Spitzengespräch 2024

Halbjährlich treffen sich die Amtsspitzen von Staats-, Finanz- und Innenministerium mit Vertreter*innen von DGB und seinen Mitgliedsgegewerkschaften des öffentlichen Diensts. Schwerpunkte beim letzten Treffen Anfang Juni 2024 waren die Verwaltungsmodernisierung, die Personaloffensive des Landes und Lebensarbeitszeitkonten.

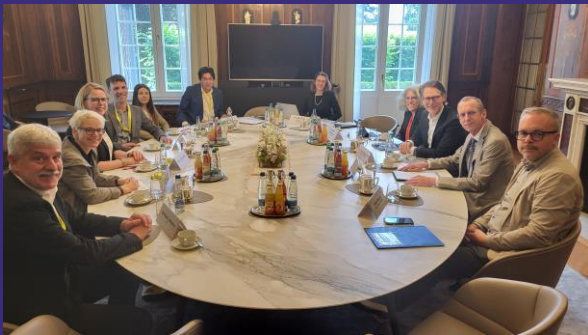


Foto: DGB/Dominik Gaugler

Kulturwandel in der Verwaltung und Personaloffensive des Landes

Im Rahmen des Gesprächs hat das Staatsministerium zwei aktuelle Großprojekte vorgestellt. Zum einen den Masterplan zur Verwaltungsmodernisierung und zum anderen die Personaloffensive des Landes.

Bei der Verwaltungsmodernisierung verfolgt die Regierung das langfristige Ziel einen Kulturwandel in der Verwaltung zu erreichen. Dazu gehört eine bessere Fehlerkultur, mehr Agilität und weniger „Absicherungsdenken“. Mit Hilfe von kleineren Projekten, sogenannten „Pathfinder-Projekten“ werden Veränderungen getestet. Sofern diese erfolgreich sind, soll dann eine flächendeckende Umsetzung erfolgen.

Dem seit langem bekanntem Problem des Fach- und Arbeitskräftemangels im öffentlichen Dienst will das Land mit einer umfassenden Personaloffensive begegnen. Aktuell wird ein Maßnahmenkatalog erstellt, welcher noch vor der

Sommerpause als Teil einer Kabinettsvorlage verabschiedet werden soll.

Grundsätzlich sind beide Projekte wichtig und im Sinne der Gewerkschaften. Erfolg und Akzeptanz der Maßnahmen hängen wesentlich von der Beteiligung der Beschäftigten, Betroffenen und Interessenvertretungen ab. Dies ist in den laufenden Projekten aus Sicht des DGB nicht bzw. nicht ausreichend erfolgt. Die aktuellen Informationen sind gut, doch die Projekte sind bereits weiter fortgeschritten, so dass wichtige Weichenstellungen ohne eine echte Beteiligung der Beschäftigten erfolgt sind.

Dabei ist der Reformbedarf auch auf Seiten der Gewerkschaften bereits seit langem bekannt und es mangelt auch nicht an Vorschlägen. So hat der DGB jüngst erst ein Positionspapier zur Personalgewinnung und Mitarbeiter*innenbindung im Öffentlichen Dienst veröffentlicht. ([Link](#)) Diese Vorschläge sollten aus Sicht der Gewerkschaften Teil der geplanten Personaloffensive werden.

Bewegung beim Lebensarbeitszeitkonto

Seit längerem arbeitet das Innenministerium an der Umsetzung von Lebensarbeitszeitkonten. Ein erster Schritt in Richtung Umsetzung wurde nun angekündigt. Das IM hat den Regierungsfractionen einen ersten Vorschlag für die Umsetzung unterbreitet. Der Vorschlag ist ein Baukasten aus bereits vorhandenen und neuen Elementen, der möglichst viel Flexibilität zulassen soll. Die einzelnen Bestandteile des Baukastens wurden jedoch nicht vorgestellt.

Positiv aus Gewerkschaftssicht ist, dass eine Anwendung des Baukastens für Beamt*innen und Angestellte vorgesehen ist. Sobald die Regierungsfractionen sich auf ein Vorgehen verständigen, werden weitere Details bekanntgegeben. Sicher ist, wir bleiben im Sinne aller Beschäftigten an diesem Thema weiter dran.